

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Becher, sehr geehrte Fraktionsvorsitzende,

als Fachverband für Beteiligung haben wir den Prozess um die Gießener Bürgerbeteiligungssatzung aufmerksam verfolgt. Wir bedauern sehr, dass die Hessische Gemeindeordnung nach Auffassung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes keinen geeigneten rechtlichen Rahmen für die Bürgerbeteiligungssatzung vorsieht. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Hessische Landtag entsprechende Anpassungen vornimmt und einen rechtssicheren Rahmen für Kommunen schafft. Gleichsam ist es erfreulich, dass die Bürgerbeteiligungssatzung nun überarbeitet und auf ein rechtskonformes Fundament gestellt werden soll. Wir begrüßen, dass die Stadt Gießen damit den Weg hin zur partizipativen Ergänzung der repräsentativ-demokratischen Institution konsequent weitergeht.

Aus Sicht von Mehr Demokratie sollten bei der Überarbeitung der Satzung neben den Stadtverordneten und dem Regierungspräsidium auch die Gießener Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden. Hierfür möchten wir Ihnen gerne zwei Anregungen geben, wie der Prozess innovativ und gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern gestaltet werden kann. Gleichzeitig regen wir an, diese Elemente in die Satzung selbst mitaufzunehmen.

In vielen Städten und Gemeinden der Bundesrepublik werden derzeit **losbasierte Bürgerräte** eingesetzt, um politische Gremien in Sachfragen zu beraten. Dabei werden Bürgerinnen und Bürger zufällig aus den Melderegistern ausgelost, um einen möglichst repräsentativen und diversen Querschnitt der Bevölkerung zu beteiligen. Bürgerräte hören Expertinnen und Experten an, lernen die verschiedenen Aspekte und Perspektiven eines Themas kennen, tauschen sich in moderierten Kleingruppen aus und einigen sich auf gemeinsame Empfehlungen. Ein solcher Bürgerrat könnte die in der Satzung aufgeführten Beteiligungsinstrumente prüfen und aufzeigen, wie ein Abbild der Gießenerinnen und Gießener (in der Regel 20 bis 30 Teilnehmende) beteiligt werden möchte. Bisherige Erfahrungen zeigen, dass Bürgerräte zu sorgfältig abgewogenen und politisch anschlussfähigen Lösungen kommen. Wir können die Stadt Gießen daher nur ermutigen, einen Bürgerrat zur Revision und Weiterentwicklung der Beteiligungssatzung durchzuführen. Zudem regen wir an, das Instrument des Bürgerrats in die Beteiligungssatzung aufzunehmen und Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, per Unterschriftensammlung einen Bürgerrat auszulösen.

Gleichzeitig haben im Zeitalter der Digitalisierung auch Online-Beteiligungsverfahren an Wert gewonnen. Mehr Demokratie unterstützt Kommunen dabei, die **Open Source Software CONSUL** zu etablieren. Diese bietet eine Fülle an Beteiligungsverfahren, welche passgenau auf die Bedürfnisse zugeschnitten werden können. Neben internationalen Metropolen wie etwa Madrid, Paris oder New York haben sich auch in der Bundesrepublik mit München oder Würzburg erste Städte diese modulare Plattform zu Nutze gemacht. CONSUL bietet beispielsweise die Möglichkeit, das Instrument des Bürgerantrags in den digitalen Raum zu übertragen. Mit Blick auf die Überarbeitung der Bürgerbeteiligungssatzung könnten die Gießener Bürgerinnen und Bürger über CONSUL diskutieren oder kollaborativ einen Entwurf kommentieren. Weitere Informationen zu CONSUL finden Sie unter: <https://consul.mehr-demokratie.info>.

Wir würden uns freuen, wenn wir Sie beim Weg hin zu einer innovativen Bürgerbeteiligung unterstützen könnten und stehen Ihnen für einen Austausch dazu gerne zur Verfügung. Die Etablierung einer Bürgerbeteiligungskultur ist ein hehres Ziel, bei dem wir gerne beratend zur Seite stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Felix Hoffmann

Landesvorstand Mehr Demokratie e.V. | Landesverband Hessen